

Fuldaer Zeitung

Dienstag, 3. Dezember 2013

GASTKOMMENTAR

Die EU sollte Putins Plänen die Stirn bieten

Die Hauptstadt Kiew ohne gewählten Bürgermeister, die Gleichschaltung eines TV-Senders nach dem anderen, Korruption und Machtmissbrauch – erstaunlich viel haben die Ukrainer hingenommen. Aber nach der Absage des Präsidenten an die EU und dem gewaltsamen Einsatz der Sonderpolizei gegen friedliche Demonstranten protestieren nun wieder Hunderttausende aus eigener Kraft. Das ist Ausdruck der Hoffnung, die die Menschen gerade in Europa setzen, das für sie Menschenwürde und einen verlässlichen Ordnungsrahmen verheißt. Mit der Östlichen Partnerschaft will die EU die Modernisierung der Ukraine, Moldaus, von Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan unterstützen.

Die Ukraine hätte gerade das erste Assoziierungsabkommen unterschreiben können – entschied aber abrupt anders. Danach wäre eine weitreichende Freihandelszone in Kraft getreten. Deshalb verblüffte, wie Präsident Janukowitsch die Kehrtwende erklärte: Die wirtschaftliche Lage sei zu schlecht. Daran ist nichts neu. Tatsächlich dürfte es darum gegangen sein, die eigene Machtsphäre zu erhalten.

Die Ukraine betreibt seit langem eine geschickte „Schaukelpolitik“, Vorteile aus dem Westen wie dem Osten nutzend, zum Vorteil einiger weniger aus dem Geflecht von Wirtschaft und Politik und ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl des Staates. Spätestens seit Präsident Putin der EU ein Dreiergespräch über das Schicksal der Ukraine vorschlug, ist klar, dass auch Russland eine zentrale Rolle spielt. In jedem Fall unterscheiden sich die Kreml-Instrumente erheblich von denen der EU. Moskau sperrt

MIRIAM KOSMEHL

beleuchtet die Perspektiven europäischer Integration für die Ukraine und Belarus – und erklärt, welche internen und externen Faktoren die Politik dieser östlichen Partnerländer der EU beeinflussen.



Die Autorin (45) leitet seit 2012 das Kiewer Büro der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Volljuristin ist als Projektleiterin neben der Ukraine auch für Belarus (Weißrussland) zuständig.

etwa die Grenzen für Importe oder setzt Gaslieferungen und -preise als Machtmittel ein. Gerade die Ukraine darf bei dem vom Kreml betriebenen Projekt Zollunion als Gegenentwurf zur EU nicht fehlen, um im eigenen Land die Vorzüge einer „slawischen Zivilisation“ in Abgrenzung zum westlichen Wertesystem weiter vertreten zu können.

Die EU sollte den Bestrebungen des autoritären russischen Präsidenten weiter die Stirn bieten. Dafür braucht es Geschlossenheit. Die sich in der Ukraine gerade abzeichnende Eskalation macht deutlich, dass zu viel Zurückhaltung Europas mehr Konflikte und Instabilität im mit 46 Millionen Einwohnern größten Land der Östlichen Partnerschaft nach sich zieht. Die eingefrorenen Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan, in Süd-Ossetien und Abchasien sowie Transnistrien zeigen, dass der Kreml in Spannungen in seiner Nachbarschaft vor allem den eigenen Vorteil sieht.

Als die EU vor rund sechs Jahren begann, mit der Ukraine zu verhandeln, steckte die Zollunion noch in den Kinderschuhen. Handelserleichterungen und wirtschaftliche Integration zwischen der EU und einer Zollunion sind wünschenswert – erforderlich dafür ist aber der Wille des Kreml. Und der nimmt wirtschaftliche Nachteile in Kauf, wenn es geopolitischen Zielen dient. Zwar sind die Erwartungen an die transformative Kraft des Assoziierungsabkommens übertrieben hoch, doch es wäre ein zentraler erster Schritt. Es würde wirtschaftliche Reformkräfte freisetzen. Die Ukraine könnte zu dem von Russland so gefürchteten Musterbeispiel werden – und in zehn bis fünfzehn Jahren ein überzeugendes Modell für Fortschritt sein.

Damit verbunden sind enorme Herausforderungen. Der Kreml wird alles daran setzen, den Status quo nicht zu verändern, und es gibt keine einfachen Lösungen für die Probleme der Ukraine. Die politische Kultur ist noch so mangelhaft, dass schnelle und großflächige Reformen nicht zu erwarten sind. Das spricht auch gegen überstürzte Allianzen mit sich nun neu aufstellenden Akteuren aus dem Präsidentenumfeld. Das Problem, dass politische Parteien durch mächtige Finanzgruppen beherrscht werden und Strukturen und persönliches Machtstreben schwer auseinander zu halten sind, besteht weiter. Es sind bislang vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen, die Transparenz und Reformen einfordern. Die EU braucht einen langen Atem und sollte genau hingucken, wer was bezweckt und bewirkt – vor allem mit ihrer Budgethilfe.